

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich.  
Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Heften 30 Pf.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.  
Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler,  
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greis-  
wald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg  
Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens.  
Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Preussischer Landtag.

41. Sitzung vom 16. April.  
Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung  
um 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. v. Lucius, v. Scholz,  
v. Schelling und zahlreiche Kommissare. Später  
v. Caprioli.

Die dritte Beratung des Etats wird fort-  
gesetzt.

Die Etats des Kriegsministeriums, der Do-  
minien, Forsten, der Rente des Kronverwalter-  
amts, der Zentralverwaltung der Domänen und  
Forsten, der direkten Steuern werden ohne Dis-  
kussion genehmigt.

Bei dem Etat der indirekten Steuern weist  
Abg. v. Böttcher (Ztr.) darauf hin, daß in  
den Tabakbau treibenden Teilen des Reichs  
erhebliche Verbesserungen gegen die Form der  
Erhebung der Tabaksteuer erhoben würden und  
bittet den Finanzminister, die deshalb an ihn ge-  
richteten Anträge einer wohlwollenden Prüfung  
unterwerfen zu wollen.

Der Etat wird genehmigt.

Bei dem Etat der Berg-, Hütten- und Sa-  
lzenverwaltung bemängelt

Abg. Dabach (Ztr.) die Art, in welcher  
die Wahl der Arbeiter-Ausschüsse bestimmt  
werde. Es scheine dabei eine gewisse Wahlfrei-  
heit getrieben zu werden, um möglichst  
Vergleiche von der Wahl auszuführen. Durch  
Mißbrauch werde Mißbrauch erzeugt. Im  
Saarrevier seien die Verhältnisse der Art, daß  
die gewählten Vertrauensmänner der Berg-  
arbeiter nicht im Stande seien, ihres Amtes in  
genügender Weise zu walten. Alsdann wendet  
sich gegen den bei der zweiten Beratung  
ihm vom Grafen Limburg-Sturum gemachten  
Vorwurf der Aufhebung der Vergleiche in West-  
falen, indem er nachweisen sucht, daß der  
Streik eine Nothwendigkeit gewesen sei, um eine  
Aufhebung der Vergleiche zu erzielen. Die niedri-  
gen Löhne seien eine der Hauptursachen des Aus-  
bruchs des Streiks, ferner aber auch die Be-  
handlung der Vergleiche, wie die ergangenen  
Urtheile der Gerichte beweisen. Wenn das Alles  
vorgelassen sei, ohne daß die oberen Behörden  
dagegen einschritten, so sei es ungerecht, die an  
den Streiks beteiligten Arbeiter nachträglich zu  
bestrafen. Es sei notwendig, den Arbeiter-  
Ausschüssen das freie Wort zu gestatten, damit  
sie die Interessen ihrer Kameraden wahrneh-  
men könnten, ohne daß diese einen Schaden davon  
zu fürchten hätten.

Abg. v. Pöpelius (freil.) behauptet dem-  
gegenüber, daß die vom Vorredner vor Jahren  
verfaßten Zeitungsartikel, die später als Broschüre  
erschienen seien, anfangs gewirkt hätten. Die  
Broschüre sei auch bald nach ihrem Erscheinen  
vom Staatsanwalt konfisziert worden. Ueber-  
haupt habe der Vorredner in seiner Rede zur  
zweiten Lesung Dinge behauptet, die mit der  
Wahrheit direkt im Widerspruch ständen.

Abg. Ditzel (natl.) weist dem Abg.  
Dabach nicht ab, daß er seine Worte nicht  
blättern, sondern sie fortgesetzt gehalten.  
Diese Blätter enthielten Beleidigungen der Berg-  
behörden und nicht bloß die Bergarbeiter, sondern  
auch die Eisenarbeiter sind aufgefordert worden,  
sich über zu geringe Löhne zu beschweren. In  
den Blättern des Abg. Dabach ist Grabschrei-  
erei getrieben und in einer in der Druckerei  
desselben gedruckten Broschüre sind die Beamten  
der Grubenverwaltung Wörber, Bräuer und  
Diede genannt worden.

Abg. Dr. Windthorst (Ztr.) will sich  
über die vorgelegten Thatsachen kein Urtheil  
erlauben, die Zurückweisung der Angriffe  
er dem Kollegen Dabach überlassen. Er wolle  
nur die Frage an die Regierung richten, ob ihr  
was davon bekannt sei, daß die Bergbehörden  
bei der Wahl der Arbeiter-Ausschüsse Wahl-  
geometrie getrieben hätten.

Geh. Rath v. Dönncke erklärt, daß vor der  
Wahl der Arbeiter-Ausschüsse eine Verlegung der  
Arbeiter bezugs Verhinderung ihrer Wahl u. i. m.  
nicht stattgefunden hätte. Wenn Verlegungen  
vorgekommen seien, so sei das aus Anlaß der  
Streiks geschienen, nicht um die Wahl zu bein-  
flussen. Die Verlegung hätte mit der Wahl ab-  
geklärt nicht zu thun gehabt.

Abg. Dabach: Die persönlichen Angriffe  
gegen ihn sollten nur dann dienen, die Aufmerk-  
samkeit des Hauses von den Ursachen des Streiks  
abzulenken. (Voll. rechts.) Trotz dieser An-  
griffe blieben seine Ausführungen vollständig voll-  
kommen wahr. Man dürfe sich nicht wundern  
darüber, daß die Presse sich nicht wundern  
darüber, die niedrigen Löhne seien daran schuld,  
mit denen die Vergleiche nicht im Stande seien,  
ihre Lebensmittel zu bezahlen.

Abg. Dr. Windthorst ist dem Regie-  
rungs-Kommissar für die gegebene Antwort dank-  
bar, besonders aber, daß die Verhältnisse dadurch  
nicht klar gelegt seien. Er bitte deshalb die  
Regierung die Befehlshörden anzuweisen, daß  
Verlegungen zum Zwecke der Wahlgeometrie nicht  
stattfinden dürfen.

Abg. Ditzel erklärt, daß der Hinweis auf  
die Verlegungen des Abg. Dabach notwendig  
gewesen sei zur Verhinderung der Bedeutung  
seiner Ausführungen.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen, der  
Etat genehmigt.

Bei dem Etat der Eisenbahnverwaltung er-  
hebt Abg. Rintelen (Ztr.) Klage über die  
geringe Anzahl von Schnellzügen zwischen Altona  
und Köln. In Folge einer erheblichen Anzahl  
ihm zugegangener Zuschriften von früheren Be-  
amten der Privatbahnen erörtert Redner  
noch einmal die Pensionsverhältnisse dieser Be-  
amten. Die von denselben unterzeichneten Be-  
dingungen wären ihnen gewissermaßen bei ihrem  
Eintritt in den Staatsdienst abgenommen worden,  
sie hätten die Tragweite derselben nicht über-  
sehen können. Darin, daß ihnen bei ihrer Pen-  
sionierung nur die Zeit des Staatsdienstes ange-  
rechnet werde, liege eine große Ungerechtigkeit,  
denn diese Beamten seien dadurch gegen andere  
Staatsbeamte erheblich zurückgesetzt. Auch müßten  
dieselben ihre Pensionsbeiträge weiter zahlen,  
während dieselben den übrigen Staatsbeamten  
erlassen seien. Er bitte die Verwaltung, eine  
Regelung dieser Angelegenheit herbeizuführen und  
dabei Billigkeitsgründe walten zu lassen.

Ministerial-Direktor v. Breda bestreitet,  
daß auf diese Beamten irgend welcher Zwang  
ausgeübt worden sei; die Wahl sei ihnen voll-  
ständig freigestellt gewesen und die größte Zahl  
derselben hätte sich durch ihren Uebertritt in den  
Staatsdienst wesentlich verbessert und daher alle  
Ursache, mit ihrer Stellung zufrieden zu sein.

Abg. Berger macht darauf aufmerksam,  
daß diese Angelegenheit bei Beratung der dem  
Hause vorliegenden Petitionen dieser Beamten  
werde zur Erledigung gebracht werden.

Abg. v. Brömel (Ztr.) stimmt dem bei,  
legt aber Zeugnis dafür ab, daß unter der be-  
treffenden Beamtencategorie wirklich große Miß-  
stimmung herrsche.

Abg. v. Fels (Ztr.) bemängelt die Art der  
Anstellung der niederen Eisenbahnbeamten, die  
nur „vorläufig“ erfolge und daher manche Un-  
zufriedenheiten für diese Beamten mit sich führe.  
Ministerial-Direktor v. Breda erwidert,  
daß die von der Regierung dargelegten Anstel-  
lungsgrundsätze von der Budgetkommission des  
Hauses gebilligt worden seien.

Abg. Berger (natl.) wiederholt die  
Benennung der Polizeiverordnung, wonach den  
Besitzern der an den Eisenbahnen belegen  
Grundstücke die Bebauung derselben nur in einer  
gewissen Entfernung von der Eisenbahn gestat-  
tet sei. Er ist der Meinung, daß denselben für  
diese Beschränkung eine Entschädigung zu Theil  
werden müsse.

Ministerial-Direktor v. Breda erwidert,  
daß diese Polizeiverordnung im vollen Umfange  
nicht mehr ausgeführt werde; es werde gegen-  
wärtig nur die Frage der Feuergefahr erörtern.  
Die Entschädigungsfrage sei zweifelhafter Natur,  
doch werde in allen Fällen nach Billigkeit ver-  
fahren.

Abg. Dr. v. Bache (Kref.) wiederholt  
seine früheren Klagen darüber, daß den Eisen-  
bahnbediensteten namentlich am Rhein gar  
keine Sonntagsruhe gewährt würde. Die dadurch  
hervorgebrachte Unzufriedenheit führe den Sozial-  
demokraten wesentliche Verstärkungen zu.

Der Etat wird darauf ohne weitere Dis-  
kussion bewilligt, ebenso die Etats der Staats-  
schuldenverwaltung und des Herrenhauses.

Bei dem Etat des Abgeordnetenhauses fragt  
Abg. Dr. Windthorst, wie es mit dem Baue  
des neuen Abgeordnetenhauses stehe.

Minister Herrfurth: Die  
Regierung hatte, wie bekannt, ursprünglich Pro-  
jekte für den Bau des Abgeordnetenhauses auf  
dem Grundstück Leipzigerstraße 4 anarbeiten  
lassen. Der Gesamtentwurf des Abgeordnet-  
enhauses hat sich gegen diese Projekte erklärt, weil  
dieses Grundstück nicht für ausreichend erachtet,  
und die Regierung hat sich dem angeschlossen.  
Es sind deshalb verschiedene Projekte ange-  
arbeitet, nach welchen das Abgeordnetenhaus auf  
diesem Grundstück, jedoch unter Zuhilfenahme  
eines Theiles des darauffolgenden Grundstücks  
des Herrenhauses erbaut werden soll. Ueber  
diese Projekte wird der Vorstand des Herren-  
hauses bei dem nächsten Zusammentritt derselben  
berathen und ist zu hoffen, daß die Frage des  
Neubaus des Abgeordnetenhauses wesentlich ge-  
klärt werden wird.

Der Etat wird bewilligt.

Bei dem Etat des Bureaus des Staats-  
ministeriums weist Abg. Graf v. Mehr (freil.)  
auf die Härte hin, die für die jungen Leute, die  
in den Staatsdienst treten wollen, darin liege,  
daß sie ihre Karriere durch den Militärdienst  
unterbrechen müßten. Er schließt die dadurch  
herbeigeführte Benachtheiligung der jungen Leute,  
die so groß sei, daß Redner stattdessen müsse.  
Dies zugegeben, wäre dem Uebelstande dadurch  
abzuhelfen, daß denselben diese Zeit als Dienst-  
zeit anzurechnen wäre, indem ihr Patent zurück-  
datirt würde.

Abg. v. Ricker (Ztr.): Meine gestrigen An-  
führungen über die offizielle Presse sind nicht be-  
antwortet worden. Es liegt aber die Notwendig-  
keit vor, daß wir darüber Aufklärung erhalten  
und richte ich an die Regierung die Frage, aus  
welchem Fonds die subventionirten Blätter die  
Unterstützung erhalten? Früher hieß es, daß  
dies aus dem Fonds des Staatsministeriums  
geschehe und ich frage, ob dies richtig ist. Ferner  
erlaube ich mir die Frage, ob gewisse Korrespon-  
dentinnen noch heute irgend welche Unterstützung aus  
dem Reptilienfonds erhalten?

Minister Herrfurth: Ich  
habe bei der zweiten Beratung die Stellung  
des mir unterstellten Präsidiums dargelegt; die  
gelegten Ausführungen des Abg. v. Ricker über-  
schritten aber weit die Grenzen des mir über-  
tragenen Referats, weil sie sich richteten gegen  
eine bestimmte Presseorganisation und dieselben  
find schwer zu beantworten, weil sie sich auf  
Phantasmen beziehen, die in der Phantasie des  
Abg. v. Ricker beruhen. In seinen Ausführungen  
ist das, was nicht genau festgestellt werden kann,  
als „notorisch“ bezeichnet und das, was nicht be-  
wiesen werden kann, als „selbstverständlich“.  
Als nomen odiosum sind genannt die „Nord-  
deutsche Allgemeine Zeitung“, die „Berliner  
Politischen Nachrichten“, die „Post“, die „Köl-  
nische Zeitung“, die „Hamburger Nachrichten“ u.  
Diese werden als Reptilienblätter bezeichnet.  
Was nun die großartige Organisation der offi-  
ziellen Presse anbelangt, so möchte ich fragen:  
Glauben Sie denn wirklich, daß eines von diesen  
Blättern irgend einen Pfennig Subvention aus  
Staatsfonds erhält? Jeder Artikel, welcher die  
Partei des Abg. v. Ricker angreift, wird als offi-  
ziös bezeichnet und dies läuft darauf hinaus,  
daß jede Parteimahne für die Regierung zu unter-  
sagen sei, dafür aber den gegenüberliegenden  
Organen zu unbeschränkter Angriffen gegen die Regierung  
die Freiheit gegeben werden soll. Dazu kann die  
Regierung nicht ja und Amen sagen. Im Na-  
men der gesamten Staatsregierung kann ich  
erklären: Die Staatsregierung erkennt ihrerseits  
an, daß für die Mittelung positiver Thatsachen  
der „Reichs- und Staats-Anzeiger“ das alleinige  
Organ für die Regierung ist; die Staatsregie-  
rung erkennt ferner an, daß sie sich bei ihrer  
Vertretung nicht derjenigen Waffen bedienen  
kann, mit denen sie selbst angegriffen wird, daß  
sie sich von jeder persönlichen und geschäftigen Po-  
lemik fernhalten muß. Aber innerhalb der Gren-  
zen der Objektivität kann die Staatsregierung  
nicht darauf verzichten, auch ihrerseits ihre  
Ansichten in der Presse zu veröffentlichen und  
ihre Intentionen richtig zu stellen; sie kann  
nicht die Hand dazu bieten, daß die Groß-  
macht Presse in der Hand der Opposition bleibe.  
Innerhalb der von mir bezeichneten Grenzen bin  
ich bereit, die Verantwortlichkeit für das Ver-  
halten der Regierung zu übernehmen, diese  
Grenzen sind niemals überschritten worden. Was

die Frage wegen des Reptilienfonds anlangt, so  
ist die Verwendung der Reptilien desselben der  
Kontrolle des Landtags gefesselt entzogen. Sie  
werden also nicht erwarten, von mir eine Ant-  
wort darüber zu erhalten. Eine Aufhebung der  
Beizahmung des Reptilienfonds wird seitens der  
Regierung nicht beabsichtigt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst: Ich bin der  
Meinung, daß es eine sehr ausgedehnte offizielle  
Presse gegeben hat und daß dieselbe gewirkt hat,  
wie es von Ricker geschildert worden ist. Es  
gibt Dinge, die nicht bewiesen werden können  
und Dinge, welche nicht wegzugeworfen werden  
können, es gibt aber auch Dinge, die allgemein  
glaubt werden. Dem Herrn Minister des  
Innern mache ich mein Kompliment über die  
diplomatische Art und Weise seiner Ausführungen;  
für sein Referat glaube ich ihm, es kommen aber  
auch die andern Referats dabei in Betracht. Die  
gelegte Rede des Herrn Minister-Präsidenten  
hat wie ein milder Frühlingsregen gewirkt und  
nun kommt heute die Rede des Ministers des  
Innern. Ich erkenne an, daß die Regierung in  
der Presse vertreten sein muß und daß der  
„Reichs-Anzeiger“ nicht genügt. Bei der großen  
Bewegung, der wir gegenüberstehen, muß die  
Regierung berechtigt sein, ihre Stimme zu er-  
heben, aber man muß wissen, daß die Organe  
im Namen der Regierung sprechen, damit man  
weiß, woher die Stimmen kommen. Eine offizielle  
Presse, wie sie besteht, brauchen wir nicht.  
Sollen wir dem Herrn Minister des Innern  
Zeit, die Dinge allmählich in das rechte Geleise  
zu bringen.

Minister-Präsident v. Caprioli: Ich könnte  
mich bei der letzten Erklärung des Abg. Wind-  
thorst gern beruhigen. Derselbe hat seine An-  
führungen insofern auch auf die gesamten  
Referats des Staats-Ministeriums ausgedehnt  
und dies nöthigt mich zu einigen Worten. Sie  
werden es begreiflich finden, daß ich mich auf  
eine Reperfection der Referatsorganisation nicht ein-  
lasse. (Sehr richtig!) Was die hier angeregte  
Frage anlangt, so habe ich zu bemerken, daß  
johald der Personalwechsel stattgefunden hatte,  
das Staats-Ministerium in erste Erwägung  
über dieselbe eingetreten ist. (Beifall.)

Ich kann versichern, daß seit dieser  
Personalwechsel eingetreten ist, aus der  
Reichs-Anzeiger nicht ein einziges Wort  
in die Presse gekommen ist (Beifall) und ich ver-  
müthe, es wird so bleiben. (Beifall.) Was aber  
das Referat des auswärtigen Amtes anlangt, so  
ist das ein heikler Punkt. Auch der Herr Abg.  
Windthorst wird zugeben, daß uns nach dieser  
Richtung hin die Möglichkeit gegeben werden  
müß, unsere Ansichten zu verbreiten. (Abg.  
Windthorst: ja!) Wir müssen uns da die Mög-  
lichkeit offen halten, Organe zu wählen, wie wir  
es am geeignetsten gebrauchen; wir müssen j. B.  
in der Lage sein, einen Artikel, der uns heute er-  
wünscht ist, nach 8 Tagen desabontieren zu können.  
Nun ist uns die Herausgabe des „Reichs-  
Anzeigers“ angeschlossen. Was die übrigen An-  
führungen anbelangt, so möchte ich mir den Vor-  
schlag erlauben, der Staatsregierung zu über-  
lassen, daß sie den eigenen Stuhl von falschen  
Schatten (Worte des Abg. Windthorst) selbst  
reinigt. (Beifall.)

Abg. v. Ricker dankt dem Minister-Prä-  
sidenten für diese Erklärungen, er hätte gewünscht,  
der Herr Minister des Innern hätte eine äh-  
nliche Erklärung abgegeben. Daß eine Unter-  
stützung der offiziellen Presse stattgefunden, dafür  
aus der Vergangenheit Beweise zu bringen, er-  
läßt Redner sich bereit. Eine gute Regierung  
brauche die offizielle Presse gar nicht. Redner  
wiederholt die Anfrage, ob aus dem Fonds des  
Staatsministeriums des Innern irgend ein Journalist  
Subvention erhalte. Die gestern von ihm ange-  
führten Beispiele seien doch keine Phantasmen.  
Der Minister des Innern thue gerade so, als ob  
die arme schuldlose Regierung gar keine Mittel  
habe, sich vor der oppositionellen Presse zu retten.  
Das Gebahren der offiziellen Presse sei nach-  
gerade Allen unentzogen, woraus sich schon  
selbst ein Zeugnis von Treue ableiten ließe.

Minister Herrfurth: Aus den mir zur  
Disposition stehenden Fonds wird keine Sub-  
vention an irgend eine Zeitung gezahlt.

Abg. Dr. v. Bache (Kref.) belächelt das  
Gebahren der offiziellen Presse und führt aus,  
daß die „Nord. Allg. Ztg.“ dem Abg. Wind-  
thorst noch immer die Sühe schuldig sei für eine  
bemerkenswerthe Vorjahre zugelegte Verleumdung.

Nach einigen persönlichen Auseinander-  
setzungen zwischen dem Abg. Windthorst  
und v. Bache wird der Etat bewilligt.

Bei dem Etat der Staatsarchive wiederholt  
Abg. Windthorst eine frühere Anfrage, ob  
auch anderen Gelehrten Einblick in die dem  
Herrn v. Schöbel zugänglich gemachten Akten ge-  
stattet werde.

Archivar Dr. Sattler erwidert, es be-  
dürfte dazu einer ministeriellen Genehmigung und  
es müsse Jedem überlassen bleiben, diese nach-  
zufragen.

Abg. v. Synern (natl.) meint, Herr  
Windthorst möge seine Behauptungen doch erst er-  
heben, wenn Andere die Benutzung der Archive  
verweigert worden sei. Er habe die Sache  
wohl nur zur Sprache gebracht, weil das Ge-  
schichtswerk v. Schöbels im höchsten Grade unan-  
genehm sei.

Bei dem Etat des Finanzministeriums er-  
klärt auf eine Anfrage des Abg. v. Ricker der  
Finanzminister v. Scholz, daß das Be-  
amtenbeförderungsgesetz soweit gefördert sei, daß  
er die Forderung habe, die Vorlage desselben an  
den Landtag werde in aller nächster Zeit er-  
folgen.

Bei dem Etat der Bauverwaltung wiederholt  
Abg. v. Cremer (Teltow) seine Klagen über  
die Schäden, welche den Nachbarn des neuen  
Ober-Spreetals in Folge Durchfahrens des  
Wassers zugefügt werden.

Geh. Rath v. Biele: Es soll in nächster  
Zeit eine gründliche Revision der Strecken des  
Kanals stattfinden und wo möglich Abhilfe ge-  
schaffen werden.

Die einzelnen Etats werden genehmigt.

Bei dem Etat der Justizverwaltung bringt  
Abg. Dr. Dürre (natl.) verschiedene  
Mängel der Rechtspflege und besonders der  
Gerichtskosten beim Landgericht in Magdeburg,  
die er als ein Unikum bezeichnet, zur Sprache.  
Er bittet um Abhilfe.

Justizminister Dr. v. Schelling erkennt  
die Mängel an, ist von der Nothwendigkeit der

Abhilfe überzeugt und erklärt, daß darüber bereits  
Verhandlungen schweben.

Hierauf vertagt sich das Haus.  
Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.  
Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsbera-  
thung.

### Deutschland.

Berlin, 16. April. Se. Majestät der Kaiser  
ließ sich gestern vom Professor Dr. Tanaka aus  
Tokio das von diesem erfundene akkordirende Har-  
monium vorspielen und unternahm darauf einen  
Spazierritt. Um 6 Uhr empfing Seine Ma-  
jestät eine Einladung Sr. königl. Hoheit des  
Prinzen Alexander zum Diner. Während der  
heutigen Morgenstunden arbeitete Se. Majestät  
längere Zeit allein und unternahm dann mit  
Ihrer Majestät der Kaiserin eine Spazierfahrt,  
arbeitete dann mit dem Chef des Zivilkabinetts,  
Wittl. Geh. Rath Dr. v. Lucius, und dem Mi-  
nister für die landwirtschaftlichen Angelegen-  
heiten, Herrn Lucius v. Ballhausen, und empfing  
den Dr. v. Minin.

Ihre Majestät der Kaiserin hatte am  
gestrigen Vormittag gegen 9 Uhr eine Spazier-  
fahrt nach dem Tiergarten unternommen. Später  
besuchte Allerhöchstdieselbe die Kunst-Ausstellung  
von Schulte und die königliche Klinik in der  
Ziegelstraße.

Ihre königl. Hoheit die Frau Prinzessin  
Friedrich Karl gedenkt der „Kölnischen Zeitung“  
zufolge, die Sommermonate im Schloße zu Brühl  
zu verleben. Der Schloßverwalter hat dasselbe  
im Auftrage des Ober-Hofmarschallamts als  
Sommeraufenthalt für die Frau Prinzessin her-  
richten lassen.

Die „N. B. Ztg.“ meldet: Ohne für  
die Wichtigkeit einzustehen zu können, geben wir  
das in der Stadt umlaufende Gerücht wieder,  
wonach der Staatssekretär des Reichs-Postamts,  
Dr. v. Stephan, seine Entlassung nachgesucht  
haben soll. Als sein Nachfolger wird der Direktor  
im Reichs-Postamt Dr. Fischer bezeichnet.

Die „Allgemeine Reichs-Korrespondenz“  
meldet hierüber: „Wie wir vernehmen, steht die  
Ernennung des Direktors der 3. Abtheilung des  
Reichs-Postamts Dr. Fischer zum Staats-  
sekretär des Reichs-Postamts bevor. Staats-  
sekretär Dr. v. Stephan würde alsdann eine  
auswärtige Stellung im höchsten preussischen  
Staats-, bezw. im Reichs-Verwaltungsdepartement  
erhalten.“

Es verlautet, daß der Antrag Preußens,  
betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung  
„Arbeiterkassenanträge“, dem Bundesrathe zu-  
gegangen ist. Derselbe dürfte bereits auf die  
Zugabeordnung der nächsten Plenarsitzung des  
Bundesraths gesetzt werden und dann zur Vor-  
berathung an die Ausschüsse gehen, welche so-  
mit hienächst Zeit hätten, um den Entwurf  
noch vor dem Zusammentritt des Reichstags zu  
erledigen.

Anlaßlich der Anfrage eines Bürger-  
meisters hat das Reichs-Verwaltungsamt kürz-  
lich beschieden, daß die von der Naturab-  
pflanzungsstation eines Kreises als Entgelt für  
die gewährte Verpflanzung und Beherbergung je-  
weilige einige Stunden täglich beschäftigter Wan-  
derer als Arbeiter im Sinne des Unfall-Ver-  
sicherungsgesetzes anzusehen und deshalb bei dem  
Vorliegen der Voraussetzungen eines versicherung-  
spflichtigen Betriebes versichert sind.

Dem Vernehmen nach liegt es in der  
Absicht, den bisherigen Portofach für Nachnahme-  
sendungen in ermäßigender Richtung abzuändern.  
Diese Reform würde zwar mit Zugrundelegung  
des jetzigen Verhältnisses einen Einnahmeausfall zur  
Folge haben, jedoch hofft man, daß der letztere  
in Folge einer Steigerung des Verkehres nicht  
eintreten wird.

In Abgeordnetenkreisen erwartet man die  
Vorlage wegen Aufhebung der Beamtenbeför-  
dungen für den Anfang nächster Woche. Die-  
selbe soll bereits der Verfassung des Staats-  
ministeriums unterbreitet sein, welches wohl in  
diesigen Tagen zu einer diesem Zwecke dienenden  
Sitzung zusammenzutreten dürfte.

Die Einnahme an Wechselstempelsteuer  
im deutschen Reich betrug in dem Etatsjahr  
1889-90 7,492,262 Mark 10 Pfennige. Das  
find um 603,549 Mark 10 Pfennige mehr als  
im Etatsjahr 1888-89. In dem Etat für  
1889-90 war die Einnahme aus der Wechsel-  
stempelsteuer auf 6,326,000 Mark veranschlagt;  
die effektive Einnahme hat somit diesen Vor-  
anschlag um 1,166,262 Mark 10 Pfennige über-  
schritten.

### Frankreich.

Paris, 13. April. (Voss. Ztg.) Die Ein-  
samkeit der Verhandlung wird unheilvoll für Bon-  
langer. Da nur Schmeichelei und ergebene An-  
hänger ihn umgeben, bildet er sich ein, ganz  
Frankreich liege ihm zu Füßen, nur die böse Re-  
gierung stehe ihm im Wege, welche die letzten Mittel  
gegen ihn an. Zum wenigsten drehe sich in  
Frankreich Alles um ihn. Deshalb hat er sich  
zu den Pariser Gemeindevätern ein Programm  
auf den Leib geschnitten: Politische und soziale  
Freiheit unter Führung des großen Patrioten  
Bonlanger, dem die Welt dafür danken muß;  
Aenderung der Verfassung durch eine eigens dazu  
gewählte Versammlung; Referendum für die neue  
Verfassung und alle wichtigen Gesetze; Rege-  
lung der Republik auf demokratischer Grund-  
lage, um die soziale Frage zu lösen; Freizügig-  
keit, Genossenschafts- und Gewerkschafts-  
freiheit; unbedingte Herrschaft des allgemeinen  
Stimmrechtes und der Volkssouveränität; Ver-  
nichtung des nichtswürdigen Urtheils der Senats-  
hochgerichte. Es fehlt nur die Wahl des Prä-  
sidenten der Republik durch das allgemeine  
Stimmrecht, um vollständig dasselbe Programm  
zu sein, wie bei den Abgeordnetenwahlen. Diese  
waren für Bonlanger eine Verurteilung an das  
Volk gegen seine Verurtheilung durch das Hoch-  
gericht. Das Volk aber wies diese Verurteilung ab,  
indem es Bonlanger glänzend durchwählte. Von  
dieser Entscheidung des allgemeinen Stimmrechtes  
beruft sich Bonlanger nun an die Pariser Wäh-  
ler, verlangt, daß der Pariser Gemeinderath ihm  
genähre, was die Kammer ihm so verbweigert  
hat. Da er sich für die wichtigste Person  
Frankreichs hält, bildet er sich ein, seine Pariser  
Anhänger hätten allein über Frankreich zu en-  
scheiden, der Gemeinderath solle über Senat,  
Kammer, Verfassung u. s. w. zu Gericht sitzen.  
Bei solchem Wüßthum ist Bonlanger heute an-  
genommen, indem er stets nur sein Ich und wieder-

Sich voranstellt. Bonlanger verdirbt sich seine  
Sache noch im Besonderen dadurch, daß er sich  
mit den Kommunisten und Blanquisten verbün-  
det. Diese wären freilich die Leute, um Ver-  
fassung und Kammer über den Haufen und den  
Präsidenten ins Wasser zu werfen. Aber sie  
bilden nur eine Minderheit in Paris, haben  
selbst den größten Theil der Arbeiter gegen sich.  
Alle anderen Parteien sind einzig gegen sie. Bon-  
langer wird durch die Blanquisten den Rest des  
Vertrauens einbüßen, das immer noch Viele auf  
ihn setzen. Da sind die Konservativen diesmal  
unendlich klüger. Sie sagen nochmals Bon-  
langer ausdrücklich ab und stellen nur eine For-  
derung: Wiedereinführung der Schwestern in die  
Strafenzügel. Hierfür können sie in allen Pa-  
riser Vierteln eine namhafte Stimmzahl erlan-  
gen. Denn dies ist ihr weitestgehender Punkt,  
welcher die arbeitenden Klassen hier bei der  
Kandidatur berührt.

Paris, 15. April. Morgen wird der Ver-  
trag zwischen dem Baron Hirsch einerseits und  
der deutschen Bankgruppe andererseits unter-  
zeichnet werden, durch welche die letztere Gruppe  
in das Orientbankgeschäft eintreten wird. Baron  
Hirsch bleibt weiter für das Unternehmen in-  
teressirt.

### Spanien und Portugal.

Die wachsenden Schwierigkeiten, mit denen  
das Ministerium Sagasta zu kämpfen hat, schei-  
nen darthun, daß Spanien vielleicht schon sehr  
bald von einer unter den obwaltenden Umständen  
nicht unbedenklichen Kabinetskrise heimgesucht  
werden könnte. Der Konflikt zwischen dem  
leitenden Staatsmann und dem militärischen  
Element dauert in ungeschwächter Weise fort.  
Auf den Anlaß, der zum Ausbruch der bekannten  
Mißthelligkeiten führte, kommt es bei Beurthei-  
lung der Sachlage weit weniger an, als auf die  
Thatsache, daß das Heer, verlorbert in der über-  
wiegenden Mehrheit seiner höchsten Würden-  
träger, dem Regierungssystem Sagastas offen  
den Fehdehandschuh hingeworfen und damit er-  
klärt hat, daß die Wege des Ministeriums ferner  
nicht mehr die Wege der Armee sein würden.

Eine inhaushaltliche Kumborgung, deren volle  
Tragweite sich erst erweisen lassen wird, wenn  
der Augenblick kommt, praktische Folgerungen  
daraus zu ziehen, sei es zu Gunsten eines kon-  
servativen Umstreiches, sei es im Interesse  
einer Divergenz einseitig militärischen Ehrgeizes.  
Bessere Eventualität, obwohl sie von den mi-  
nisteriellen Politikern in den grellsten Farben  
angekündigt und als unermessliche Folge einer  
einseitigen Befestigung des liberalen Regiments  
hingestellt wird, findet in wohl unterrichteten  
Kreisen wenig oder keinen Glauben. Man ist dort  
von rückhaltloser Billigung des provokatorischen  
Gebahrens der Marfchälle und Generale ebenso  
weit entfernt als von Verurteilung des schlimmen  
Fehlens, den Sagasta begangen, da er im Ver-  
folg seiner ministeriellen Aktion die Armee  
immer mehr als quantitas negligeable behandelte.

Auch der einseitigkeit und nicht ganz und gar  
von blindem Parteigeltz unterjochte Theil der  
Bevölkerung haben zwar das Auftreten der  
Generale, das bösen Einbruchs halber, den es auf  
die Manneszucht und Subordination machen  
dürfte, schlägt aber dieses Uebel, das als ein bloß  
vorübergehendes betrachtet wird, geringer an als  
die systematische Befestigung des militäri-  
schen Faktors, dieses mächtigsten und geradezu  
unumkehrlichen Faktors für Verwirklichung der  
idealen künftigen spanischer Macht und Größe.

Sobald haben die bitteren Erfahrungen verflo-  
ssenen Jahrzehnte doch zu Wege gebracht, daß eine  
Wiedereröffnung der Aera militärischer Promu-  
tations des Volkswillens absolut fern liegt  
und etwaige dahin zielende Bestrebungen verein-  
zelter Kondottieri an dem Sympathiemangel bezw.  
der direkten Ablehnung des Volkes unfehlbar  
scheitern müßten; andererseits aber wird sehr  
vernehmlich die Forderung laut, daß kein ver-  
antwortlicher Regierungschef sich der Pflicht  
entziehen dürfe, der Armee im Staatsleben die  
ihre gebührende Stellung voll und ganz einzu-  
räumen. Sagasta's politische Prognis aber geht  
in letzter Instanz darauf hinaus, nicht nur das  
Heer, sondern auch die Krone der parlamentari-  
schen Herrschaft zu unterwerfen, und gegen diese  
Zunehmung empört sich ebensowohl der militäri-  
sche Korpsgeist als das monarchische Bewußtsein  
aller derer, welche Spaniens Heil und Rettung  
nicht in der forcierten Ausbreitung des Majoritäts-  
faktors, sondern in der allmählichen Erhaltung und  
sorgsamsten Pflege des Autoritätsgedankens er-  
blicken. Letztere halten dafür, daß die Logik der  
Thatsachen über kurz oder lang wieder ein konser-  
vatives Cabinet Canovas del Castillo aus Ruder  
bringen und damit die Vorbedingungen für eine  
kräftige, zielbewusste Pflege der allgemeinen Inter-  
essen der spanischen Nation schaffen werde.

### USA.

Ein Strafgesetz gegen Ringe  
und Kartelle ist nach den neuesten Nach-  
richten von der Legislatur des Staates Iowa  
am 31. März angenommen worden. Die neue  
„Anti-Trust-Bill“ verbietet geschäftliche  
Kombinationen zum Zweck der Regulierung von  
Preisen und der Beschränkung der Produktion.  
Uebertretungen sollen mit einer Geldstrafe von  
500-5000 Dollars und mit Gefängnis bis zu  
einem Jahre geahndet werden; Korporationen,  
welche sich einer solchen Vereinigung anschließen,  
sollen ihr Privilegium verlieren. Es ist wohl  
begreiflich, daß in einem Lande, in welchem unter  
dem Einfluß hoher, die ausländische Konkurrenz  
vielfach geradezu fernhalten der Schutzzölle das  
Umwelten der Ringe und Kartelle sehr üppig ins  
Kraut geschossen, die Gesetzgebung dagegen  
sich nicht entschließen kann, über die Macht  
hat, mit jenen Zöllen aufzuräumen. Aber zur  
Nachschaffung kann dieses gesetzgeberische Beispiel  
nimmermehr ermuntern. Die Weisheit der mit  
Strafe bedrohten Vereinigungen vermag der  
Natur ihrer Abmachungen nach sich den schim-  
men Folgen ohne Schwierigkeiten zu entziehen;  
wenn vollends alle Establishments eines Zoll-  
geschützten Inbatriegebietes sich unter einer ge-  
meinsamen Verwaltung vereinigen, so wird ihnen  
kein Strafgesetz etwas anhaben können. Die

Petersburg, 15. April. Das deutsche  
Theater in Witan wurde auf Verleht der Re-  
gierung wegen seiner germanisirten Tendenzen  
geschlossen und darf nicht wieder eröffnet werden.











